

Ungarn – zwischen Grenzzaun und grenzüberschreitender Kooperation

Heinrich Kreft (Andrássy Universität Budapest)

Zusammenfassung

Aufgrund des Vertrages von Trianon, der zu einer erheblichen Verkleinerung des Staatsgebietes führte, leben bis heute etwa drei Millionen ethnische Ungarn in den Nachbarstaaten. Da es überparteilicher Konsens ist, sich für diese ungarische Diaspora einzusetzen, strebte Ungarn mit der EU-Mitgliedschaft von Anfang an auch die Einbeziehung in den Schengenraum an. Ungarn setzte sich ebenso für die Aufnahme Rumäniens in den Schengenraum ein und befürwortet den EU-Beitritt Serbiens. Im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit baut die ungarische Regierung insbesondere die Kooperation mit den von Ungarn bewohnten Nachbarregionen aus. Als im Sommer 2014 die Zahl der Flüchtlinge auf der sog. Balkanroute stark anstieg und die Regierung Orbán innenpolitisch von Seiten der rechtsradikalen Oppositionspartei Jobbik unter Druck geriet, trat die Fidesz-Regierung die Flucht nach vorn an, übernahm die vehement migrationskritischen Positionen der Jobbik und entschloss sich zum Bau eines Grenzzauns an der Grenze zu Serbien. Da dies der bisherigen Politik widersprach, wurde das historisch ebenfalls anknüpfungsfähige Narrativ des Schutzes des christlichen Abendlandes konstruiert: Orbán stellte sich in die historische Linie des ungarischen Festungskommandanten, der 1456 den Vormarsch der muslimischen Osmanen verhinderte. Es gelang der ungarischen Regierung zudem zu verhindern, dass die Errichtung des Grenzzauns zu einer Beeinträchtigung der Beziehungen zu Serbien führte.

Schlagworte

Trianon, Grenzzaun, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Ungarn, Serbien, Orbán, Karpatenbecken, Schengen, Migrationskrise, Balkanroute

1. Einleitung

Die ungarische Politik, die seit der sogenannten Flüchtlingskrise von 2014/15 zunehmend auf Distanz zur EU und dem europäischen Mainstream geht, stößt in Brüssel und der großen Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten auf großes Unverständnis und Ablehnung. Insbesondere die Errichtung eines Grenzzauns zu Serbien im Jahr 2015 und die strikte Ablehnung, sich an der Verteilung der in der EU angekommenen Asylsuchenden solidarisch zu beteiligen, mündet bis heute in Kritik. Gleichzeitig haben sich in nahezu allen EU-Ländern zumeist rechtspopulistische Parteien etabliert, die die Position der ungarischen Regierung in Migrationsfragen teilen. Dies hat in den letzten Jahren zu einer deutlichen Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik in den EU-Mitgliedstaaten geführt und hat die EU immer mehr zu einer *Sicherheitsunion* – „Une Europe qui protège“ – (Macron, 2017) werden lassen (Ceccorulli, 2018). Während Ungarn gegenüber Serbien einen stark bewachten Grenzzaun errichtete, kritisierte die ungarische Regierung Kontrollen Österreichs an der gemeinsamen Grenze und setzte sich für einen zügigen Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum Schengenraum ein, der bekanntlich lange von Wien blockiert wurde. Dieses gleichzeitige Eintreten für die Überwindung und Verstärkung von Grenzen ist Ergebnis einer doppelten nationalen Dialektik, gespeist aus der ungarischen Geschichte und dem Willen der Regierung zum langfristigen Machterhalt. Dieses soll im Folgenden analysiert werden, da es für das Verständnis der ungarischen Politik von Bedeutung ist.

2. Die angestrebte Revision der Grenzen von Trianon

Die Grenzen Ungarns gehen auf den Friedensvertrag von Trianon aus dem Jahre 1920 zurück, der neben dem Versailler Vertrag zu den sogenannten Pariser Vorortverträgen zur Neugliederung Europas nach Ende des Ersten Weltkriegs gehört. Ungarn wurde von den alliierten Siegermächten als Teil der KuK-Monarchie Österreich-Ungarn zu den Verlierern gezählt. Aufgrund des in Trianon der ungarischen Delegation diktierten Vertrages verlor das Land etwa zwei Drittel des Territoriums mit einer ungarischen Bevölkerung von etwa drei Millionen des vormaligen Königreichs Ungarn als Teil der Doppelmonarchie mit Österreich an seine Nachbarstaaten. Besonders bitter war, dass ein Teil sogar an Österreich (Teile des Burgenlandes, die vormals zum Königreich Ungarn gehörten) verloren ging. An der Seite

des ebenfalls revanchistischen Dritten Reiches konnte Ungarn während des Zweiten Weltkriegs vorübergehend Teile des verlorenen Territoriums zurückgewinnen. Da das Land sich aber 1945 erneut auf der Verliererseite wiederfand, wurden die Annexionen von den sowjetischen Besatzern umgehend wieder rückgängig gemacht. Da auch die beiden Nachbarstaaten Tschechoslowakei und Rumänien, die die größten territorialen Zugewinne zu Lasten Ungarns durch Trianon erzielt hatten, unter sowjetischen Einfluss gerieten, waren fortan ungarische Bestrebungen, die Grenzen von Trianon zu überwinden, tabu. Die Vision eines einheitlichen ungarischen Siedlungsraums im Karpatenbecken blieb jedoch lebendig. Allerdings muss angefügt werden, dass die Ungarn innerhalb des Königreiches zwar mit Abstand die größte Volksgruppe bildeten, allerdings nicht einmal 50 Prozent der Bevölkerung erreichten. So gehörten u. a. die gesamte Slowakei (als Oberungarn) und auch Kroatien zum Königreich. Weitere größere Minderheiten des Königreiches waren Rumänen, Ukrainer, Deutsche, Serben und Bosnier (Antonsich & Szálkai, 2014; Balogh, 2021).

3. *Das nationale Projekt der Wiedergewinnung des Karpatenbeckens als Heimstatt der Ungarn*

Bei den Verhandlungen in Trianon hatte die ungarische Delegation vergeblich versucht, die politische Aufteilung des Karpatenbeckens mit dem Argument zu verhindern, dass dieses seit tausend Jahren die Heimat der Ungarn sei (Antonsich & Szálkai, 2014; Balogh, 2021; Scott & Hajdú, 2022). Die *Zerstückelung Ungarns* (*Csonka-Magyarország*) durch die Siegermächte wird als große Ungerechtigkeit gegenüber dem ungarischen Volk empfunden und gehört bis heute als *Trauma von Trianon* zur prägenden DNA des Landes (Feischmidt, 2020). Ein Großteil der Nachkommen der Ungarn, die durch Trianon Staatsbürger eines der Nachbarstaaten wurden, haben ihre Identität als Ungarn bis heute bewahrt. Trotz Auswanderung, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs möglich wurde, leben bis heute ca. drei Millionen Ungarnstämmige in einem der Nachbarstaaten. Über eine Million von ihnen hat inzwischen die ungarische Staatsangehörigkeit erhalten, insbesondere seitdem die national-konservative Fidesz Victor Orbáns im Jahr 2010 wieder an die Macht gelangte. Hunderttausende von ihnen wählen als Auslandsungarn in den ungarischen Parlamentswahlen. Das Verständnis, dass die ungarische Nation über die Staatsgrenzen des Landes hinausgeht, ist weitgehend nationaler Konsens und wird auch von großen

Teilen der politischen Opposition geteilt. Schon der erste Premierminister des neuen, demokratischen Ungarn nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, József Antall, bezeichnete sich als Premierminister von 15 Millionen Ungarn, von denen nur knapp 10 Millionen innerhalb der Staatsgrenzen lebten (Hajdú, 2018). Alle nachfolgenden Regierungen – egal ob sozialistisch oder konservativ – bemühten sich um die Auslandsungarn und schufen im Rahmen einer *Nationalpolitik* (*Nemzetpolitika*) zahlreiche staatliche und halbstaatliche Einrichtungen, um die wirtschaftlichen, kulturellen und auch politischen Beziehungen zu den Auslandsungarn und ihrer Institutionen zu entwickeln und zu pflegen. Diese Politik wurde nach der Rückkehr Victor Orbáns an die Macht stark ausgeweitet – was von den Nachbarstaaten mit wachsendem Argwohn begleitet wird.

4. Der Vertrag von Schengen als Vehikel zur Wiedergewinnung der nationalen Einheit

Am 14. Juni 1985 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande das Abkommen von Schengen¹ über den schrittweisen Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen zwischen den Vertragsparteien. Fünf Jahre später, am 19. Juni 1990, wurde das Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) unterzeichnet. Regelungsgegenstand des Abkommens sind Ausgleichsmaßnahmen, die infolge der Abschaffung der Binnengrenzkontrollen einen einheitlichen Raum der Sicherheit und des Rechts gewährleisten sollen. Es handelt sich dabei um die Vereinheitlichung der Vorschriften für die Einreise und den kurzfristigen Aufenthalt von Ausländern im *Schengen-Raum* (einheitliches Schengen-Visum), die Bestimmung des für einen Asylantrag zuständigen Mitgliedstaats, Maßnahmen gegen grenzüberschreitenden Drogenhandel, polizeiliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit der Schengen Staaten im Justizwesen (dazu auch der Einleitungsbeitrag in diesem Band). Das SDÜ trat am 1. September 1993 in Kraft, die praktische Anwendung (*Inkrafttreten*) seiner Einzelbestimmungen erfolgte nach Schaffung der erforder-

1 Das Abkommen ist nach dem kleinen Luxemburger Weinort Schengen im Grenzdreieck mit Deutschland und Frankreich benannt. Das Abkommen wurde allerdings auf dem luxemburgischen Moselschiff *Princesse Marie-Astrid* unterzeichnet. Die Mosel ist zwischen Deutschland und Luxemburg ein Kondominium, d.h. sie gehört zu beiden Ländern – eine besondere Symbolik für dieses Grenzen überwindende Abkommen.

derlichen technischen und rechtlichen Voraussetzungen am 26. März 1995. Nachdem die Schengen-Zusammenarbeit zunächst nur auf völkerrechtlicher Basis erfolgte, wurde sie durch das Schengen-Protokoll zum Amsterdamer Vertrag vom 2. Oktober 1997 mit Wirkung vom 1. Mai 1999 in die EU einbezogen. Damit wurden der Schengen-Acquis und seine Weiterentwicklung in die Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft überführt. Der Wegfall der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Union gilt – insbesondere in der Bevölkerung – als große, wenn nicht größte Errungenschaft der ganzen Europäischen Integration. Seit 1985 haben sich weitere Staaten dem Schengen-Raum² angeschlossen, darunter – wie nachfolgend weitergehend beschrieben wird – Ungarn (Auswärtiges Amt, 2025).

Schon bald nach Ende des kommunistischen Regimes strebte Ungarn eine Mitgliedschaft in der EU an. Die Beitrittsverhandlungen wurden 1998 aufgenommen. Vier Jahre später bestätigte die EU-Kommission, dass Ungarn die Kriterien für den Beitritt erfülle und somit trat Ungarn der Europäischen Union am 1. Mai 2004 zusammen mit neun weiteren Staaten bei. Budapest hatte zu diesem Zeitpunkt auch bereits Interesse an einem Beitritt zum Schengenraum bekundet und bemühte sich, diesem möglichst bald beizutreten. Seit Dezember 2007 hat Ungarn alle erforderlichen Sicherheitskriterien erfüllt, sodass die Kontrollen an den Grenzübergängen zu den Nachbarstaaten Österreich, das bereits seit 1997 dem Schengenraum angehörte, und der Slowakei und Slowenien, die gemeinsam mit Ungarn beitraten, abgeschafft wurden. Später folgten Kroatien (in 2023) und zuletzt zum 1. Januar 2025 Rumänien (zusammen mit Bulgarien, das keine Grenze zu Ungarn hat). Damit sind alle EU-Nachbarstaaten Ungarns auch Mitglied des Schengenraums. Ungarn verfügt daneben aber auch über zwei sogenannte Schengen-Außengrenzen, nämlich die Grenzen zur Ukraine und zu Serbien.

Der Wegfall der Kontrollen an den Binnengrenzen erleichterte Ungarn den Ausbau der wirtschaftlichen, kulturellen und auch politischen Beziehungen zu den ungarischen Minderheiten in den Schengen-Nachbarstaaten. Dies war daher auch ein wesentlicher Grund für das große Interesse in Ungarn nicht nur an der eigenen Schengen-Mitgliedschaft, sondern auch an der seiner EU-Nachbarn. Während Österreich über längere Zeit den

2 Nicht alle EU-Mitglieder gehören vollständig zum Schengenraum (Zypern und Irland), allerdings gehören mit der Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein auch vier Nicht-EU-Mitglieder dazu. Für die beiden EU-Mitgliedsländer Dänemark und Irland gibt es, für das Vereinigte Königreich gab es Sonderregelungen.

Schengenbeitritt von Rumänien und Bulgarien blockiert hatte, wurde dieser von ungarischer Seite von Anfang an befürwortet. Aus gleicher Motivation setzt sich die ungarische Regierung für einen EU-Beitritt Serbiens ein, um auch die ungarische Minderheit in der serbischen Provinz Vojvodina jenseits der Grenze stärker an das „Mutterland“ zu binden (Brzozowski, 2024).

5. Die europäische Flüchtlingskrise von 2014/15

Die sogenannte Flüchtlingskrise von 2014/15 überraschte die EU und die betroffenen Mitgliedsstaaten (vgl. allg. auch Oltmer in diesem Band). Dabei hatte sich die Balkan-Route aus der Türkei über Griechenland, Nordmazedonien, Serbien und Ungarn nach Österreich und Deutschland schon seit 2010 als Migrationskorridor etabliert. Die Mehrheit der irregulären Migranten, die im Sommer 2014 durch Ungarn nach Mitteleuropa strebten, kamen allerdings gar nicht aus der Türkei, sondern aus dem Kosovo, weshalb dieser erste große Ansturm als *Kosovo-Welle* bezeichnet wird. Allerdings überwogen schon Ende 2014 Syrer sowie andere Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika in den wachsenden Flüchtlingstrecken nach Mitteleuropa. Laut der EU-Grenzschutzbehörde Frontex waren bis Dezember 2014 55 Prozent aller irregulären Einreisen in die EU über die ungarisch-serbische Grenze erfolgt (Frontex, 2015).

5.1 Migration wird zu einem (innen)politischen Thema in Ungarn

Auch wenn Premierminister Orbán in Brüssel Maßnahmen zur Beendigung der irregulären Einreise in die EU forderte, spielte das Thema Migration in der innenpolitischen Debatte Ungarns bis Ende 2014 kaum eine Rolle. Dies änderte sich, als Österreich als Reaktion auf die *Kosovo-Welle* damit begann, Grenzkontrollen an der Schengenbinnengrenze zu Ungarn durchzuführen. In einer Parlamentsdebatte, die sich mit diesem Schritt Österreichs befasste, forderte ein Abgeordneter der rechtsradikalen Partei Jobbik die Regierung Orbán auf, die südliche (und östliche) Grenze besser zu schützen. Das Thema Migration entwickelte sich schnell zu einer Kampagne der rechtsradikalen Opposition, die mit immer drastischeren Begriffen wie „Flut“, „Tsunami“ und „Invasion“ die Regierung aufforderte, die irreguläre Einreise über die ungarisch-serbische Grenze zu stoppen

(Korte, 2020). Dabei wurden die Migranten wahlweise mit Terrorismus in Verbindung gebracht oder als Träger und Verbreiter von Krankheiten (Ebola) verdächtigt. Als dann Anfang Januar 2015 französische Islamisten die Redaktion der Satirezeitschrift Charlie Hebdo überfielen und 10 Mitarbeiter und einen Polizisten ermordeten, war das Thema Migration endgültig in der innenpolitischen Debatte Ungarns angekommen. Premierminister Orbáns Forderung nach einer Begrenzung der Migration wurde lauter und er flog nach Paris, um an der Seite Präsident Macrons am sog. *Freedom March* teilzunehmen. Dort gab er ungarischen Staatsmedien ein Interview, in dem er ankündigte: „we are not going to let Hungary become a destination for immigrants. [...] [W]e do not want to see a significant minority in our midst with cultural backgrounds and habits different from our own. We want to keep Hungary for the Hungarians“ (Jámbor, 2015, o. S.). In der Folge bemächtigten sich die Regierung und die Regierungspartei Fidesz des Themas. Parlamentsdebatten wurden angesetzt und entsprechende Medien und politische Kampagnen initiiert, in denen die Migranten in die Nähe von Terroristen gerückt und als Bedrohung für die nationale Sicherheit bezeichnet wurden. Es blieb allerdings vorerst bei Rhetorik. Die *Kosovo-Welle* endete im März 2015 und die interne Migrationsdebatte flachte ab. Dann verlor Fidesz Anfang April in einer erforderlich gewordenen Nachwahl einen Parlamentssitz an die rechtsradiale Jobbik und nationale Umfragen sahen die Jobbik im Aufwind zu Lasten der Regierungspartei (Bíró-Nagy, 2022). Kurz darauf ertranken über 800 Flüchtlinge im Mittelmeer, als ein Schiff vor Lampedusa unterging, was zu einem europaweiten Aufschrei führte, und die EU zur Verteilung von 60.000 Asylsuchenden aus Griechenland und Italien auf die Mitgliedstaaten der EU veranlasste. Gemäß dem Verteilungsschlüssel hätte Ungarn davon 1.134 aufnehmen sollen (European Commission, 2015a). Victor Orbán sah damit seine politische Stellung sowohl innenpolitisch als auch auf europäischer Ebene zunehmend unter Druck und er entschied sich für die Flucht nach vorn. Er übernahm die vehement migrationskritischen Positionen der Jobbik und initiierte Ende April eine nationale Befragung (*consulta*) über Migration und Terrorismus. Die tendenziösen Fragestellungen brachten das erwartete migrationsfeindliche Ergebnis (Thorpe, 2019). Danach startete die Regierung eine landesweite Kampagne, mit der auf großflächigen Plakaten migrationskritische Einstellungen bestärkt wurden (Thorleifsson, 2017). Bis zum Sommer war allerdings keine Rede davon, die Grenze zu befestigen, ganz im Gegenteil wurde die Errichtung einer Grenzbefestigung explizit unter Hinweis auf die

Erinnerungen aus der dunklen Zeit des Kalten Krieges abgelehnt (Thorpe, 2019).

So kam die Ankündigung von Außenminister Péter Szijjártó am 17. Juni völlig überraschend, dass die Regierung einen vier Meter hohen Grenzzaun entlang der 175 km langen Grenze zu Serbien bauen werde. Diese Ankündigung erfolgte nur wenige Tage vor einer Sitzung des Europäischen Rates, auf dem ein Verteilungsplan für Asylsuchende beschlossen werden sollte (Ministry of Foreign Affairs, 2015). Unmittelbar nach dieser Ankündigung wurden in einer außerordentlichen Sitzungsperiode des Parlaments die für den Bau der Grenzanlagen notwendigen Gesetzesänderungen beschlossen. Zudem wurden Serbien sowie einige andere EU-Länder und Beitrittskandidaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt, um denen, die die Grenze aus Serbien kommend überquerten, das Recht, in Ungarn einen Asylantrag zu stellen, verweigern zu können. Die Fidesz wurde dabei von der Jobbik unterstützt. Auch die Sozialdemokraten als wichtigste Oppositionspartei des linken politischen Spektrums erkannten erforderlichen Handlungsbedarf an, zweifelten aber an der Effektivität des Grenzzauns und schlugen alternative Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene vor (Korte, 2020).

5.2 Die Errichtung des Grenzzauns zu Serbien

Der Bau des Grenzzauns begann am 13. Juli 2015. Da sich dies aber offensichtlich auch schnell unter denen herumsprach, die in die EU strebten, schoss die Zahl der unerlaubten Grenzübertritte stark an. Gelangten im Juni etwa 500 Migranten am Tag nach Ungarn, waren es im September nahezu täglich 10.000, die über die grüne Grenze ins Land kamen (Frontex, 2016). Parallel zum Bau des Grenzzauns war die gesetzliche Grundlage für die Einrichtung von *transit zones* geschaffen worden, wo die illegal Eingereisten bis zu ihrer Abschiebung festgehalten werden sollten. Zudem wurden die Zugriffsrechte der Polizei erweitert und der Einsatz des Militärs für Grenzschutzaufgaben legalisiert. In Brüssel stemmte sich Victor Orbán gegen die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen der Verteilung von weiteren 120.000 in der EU angekommenen Asylsuchenden (European Commission, 2015b). Am 15. September 2015 war die Errichtung des Grenzzauns abgeschlossen, so dass sich sehr schnell größere Gruppen von Migranten auf der serbischen Seite der Grenze ansammelten. Dies führte zu mehreren Zusammenstößen mit ungarischen Grenzschützern, als diese die Überwin-

dung des Zauns mit Gewalt verhinderten. Orbán manövrierte dadurch die Jobbik aus und stabilisierte seine innenpolitische Stellung. In der EU stilisierte er sich zum Verteidiger Europas gegen die angebliche Bedrohung Europas durch die Asylsuchenden.

5.3 Ergänzung des traditionellen nationalen Narrativs

Die Errichtung des Grenzzauns gegenüber Serbien stand im Widerspruch zur bisherigen Politik Ungarns, die Grenzen zu den Staaten mit einer ungarischen Minderheit durchlässiger zu machen und im Endeffekt zu überwinden, ein wesentlicher Grund für die starke Befürwortung des Schengen-Aquis durch Ungarn. Unmittelbar hinter der Grenze in der serbischen Provinz Vojvodina leben etwa 500.000 ethnische Ungarn, deren Grenzübertritt nach Ungarn dadurch ebenfalls erschwert wurde. Daher brauchte es für Victor Orbán und seine national-konservative Fidesz ein neues Narrativ (Merabishvili, 2023). Bereits im Vorfeld der Errichtung der Grenzbefestigungen sprach Orbán wiederholt von einer „Invasion“, die Ungarn abwehren müsse. In einem Op-ed in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. September 2015 warnte er vor einer „Explosion“ in ganz Europa und verteidigte den Bau des Grenzzauns: „Wer überrannt wird, kann niemanden aufnehmen [...]. Deshalb ist der Zaun, den wir Ungarn bauen, wichtig. Wir machen das nicht aus Spaß, sondern weil er notwendig ist“ (Orbán, 2015, o. S.). Er legte dabei explizit Wert darauf, die Übereinstimmung des Vorgehens mit dem Schengener Abkommen hervorzuheben: „Wenn wir unsere Außengrenzen nicht schützen können, ist Schengen in Gefahr. Deshalb ist der Zaun, den wir Ungarn bauen, wichtig. Der Zaun als Verteidigungslinie ist eine Folge des Schengener Abkommens und eine Notwendigkeit für Europa“ (Orbán, 2015, o. S.). Später fügte er hinzu, dass Ungarn nicht zu dieser Maßnahme gezwungen gewesen wäre, wäre Griechenland seiner Verpflichtung als Mitglied des Schengenraums, nämlich die Schengen-Außengrenze zu verteidigen, nachgekommen. Um die Größe der Herausforderung zu unterstreichen, führten Orbán und andere führende Fidesz-Persönlichkeiten oftmals vermeintliche historische Parallelen an, wie die Völkerwanderung zwischen dem vierten und sechsten Jahrhundert. Mit dem *Framing* der Herausforderung als *Invasion* konnte auch die Militarisierung der Grenzkontrollen gerechtfertigt werden. Orbán hob zudem die kulturelle Andersartigkeit der großen Mehrheit der Migranten hervor, womit er vor allem die Religionszugehörigkeit meinte. Die Verteidigung

des christlichen Abendlandes gegenüber Muslimen wurde denn auch zu einem wichtigen innenpolitischen Diskurs Orbáns. Unter Hinweis auf höhere Geburtenraten der Muslime malte er unter Anlehnung an die *Theorie des großen Bevölkerungsaustauschs* rechtsradikaler Gruppen in Europa die Frage nach dem existentiellen Überleben des christlichen Europas an die Wand. Damit knüpfte Orbán an dem weitverbreiteten Mythos Ungarns als Verteidiger des christlichen Europas gegen die muslimischen Osmanen an (Mackey, 2015). Jeder Ungar verbindet unmittelbar damit das historische Ereignis, wie der Festungskommandant János Hunyadi in der Schlacht von Nándorfehérvár (Belgrad) im Jahr 1456 die Osmanen besiegte und damit deren Invasion Mitteleuropas für viele Jahre verhinderte. Wiederholt stellte sich Orbán in eine historische Linie mit Hunyadi. Die Südgrenze zu Serbien erinnerte damit nicht mehr nur an das *Trauma von Trianon*, sondern wurde durch das neue Narrativ zur Verteidigungslinie des christlichen Abendlandes.

6. Fazit: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit trotz Grenzzauns

Die offizielle Reaktion Serbiens auf die Befestigung der bilateralen Grenze durch Ungarn war erwartungsgemäß zunächst ablehnend, doch fanden beide Seiten einen Weg, dadurch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht zu beeinträchtigen. Die Befestigung der Grenze verband Ungarn mit einer diplomatischen Offensive, angeführt von Victor Orbán persönlich, der seinem serbischen Counterpart versicherte, dass die Maßnahme nicht gegen Serbien und die serbische Bevölkerung gerichtet sei. Die serbische Seite bemühte sich ihrerseits, die Zusammenarbeit mit Ungarn als Unterstützung der EU darzustellen und sich so als kooperationsbereiter Beitrittskandidat zu profilieren. Zudem erhielt Belgrad finanzielle Hilfen von Seiten der EU für den Unterhalt seiner Flüchtlingscamps. Auch war die serbische Bevölkerung, für die schon damals Visafreiheit bei der Einreise in die EU galt (im Gegensatz zu den Bewohnern des Kosovo), kaum von der Maßnahme betroffen und damit auch nicht die ungarische Minderheit, was wiederum für die Regierung in Budapest von Bedeutung war. Weitere Gründe dafür, dass die Errichtung des Grenzzauns nicht auf größere Kritik von Seiten Belgrads stieß, ist die Unterstützung Ungarns für den EU-Beitritt Serbiens und die Entsendung von ungarischen Grenzbeamten zur Sicherung der serbischen Südgrenze (und Nordmazedoniens). Den Regierungen

in Budapest und Belgrad gelang es so, die Errichtung des Grenzzauns zu einer win-win-Maßnahme umzudeuten.

Die ungarische Regierung erreichte mit der Errichtung des Zauns ihr vornehmliches innerpolitisches Ziel: Zusammen mit der damit einhergehenden, massiven Kampagne gegen Migration konnte die Fidesz-Partei Orbáns die anstehenden Parlamentswahlen gewinnen und damit ihren Verbleib an der Macht sichern. Außenpolitisch sah sich die ungarische Regierung auf ihrem EU-kritischen Weg bestärkt und erklärte sich selbst zum Vorreiter europäischer Sicherheit: Anders als Brüssel und die EU-Mitgliedsstaaten Griechenland und Italien sorgte Ungarn für eine effektive Sicherung seiner EU-Außengrenze (Etl, 2020; Scott, 2020). Allerdings führte der Grenzzaun zunächst – anders als von Budapest reklamiert – nur zu einer Umleitung der Flüchtlinge nach Bosnien-Herzegowina. Die sogenannte *Balkanroute* wurde erst mit dem Migrationsabkommen der EU mit der Türkei effektiv geschlossen.

Literaturverzeichnis

- Antonsich, M. & Szálkai, K. (2014). On great Hungary and the importance of minor geopolitical traditions. *Political Geography*, 39(A), 1–4. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2012.10.005>
- Auswärtiges Amt. (2025). *Schengener Übereinkommen*. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/visa-und-aufenthalt/schengen-207786>
- Balogh, P. (2021). The concept of the Carpathian Basin: Its evolution, counternarratives, and geopolitical implications. *Journal of Historical Geography*, 71, 51–62. <https://doi.org/10.1016/j.jhg.2020.12.003>
- Bíró-Nagy, A. (2022). Orbán's political jackpot: Migration and the Hungarian electorate. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 48(2), 405–24. <https://doi.org/10.1080/1369183X.2020.1853905>
- Brzozowski, A. (2024). *EU-Beitritt Serbiens: Mehrheit der Staaten lehnt Ungarns Vorstoß ab*. Euractiv 26. November (übersetzt von M. Kensy). <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-beitritt-serbiens-mehrheit-der-staaten-lehnt-ungarns-vorstoss-ab>
- Ceccorulli, M. (2018). Back to Schengen: the collective securitisation of the EU free-border area. *West European Politics*, 42(2), 302–322. <https://doi.org/10.1080/01402382.2018.1510196>
- Etl, A. (2020). Liminal Populism—The Transformation of the Hungarian Migration Discourse. *Journal of Borderlands Studies*, 37(1), 115–132. <https://doi.org/10.1080/08865655.2020.1735479>
- European Commission. (2015a). *European Commission makes progress on Agenda on Migration*. 27 May 2015. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_15_5039

- European Commission. (2015b). *Refugee crisis: European commission takes decisive action*. 9 September 2015. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_15_5596
- Feischmidt, M. (2020). Memory-politics and neonationalism: Trianon as mythomoteur. *Nationalities Papers*, 48(1), 130–143. <https://doi.org/10.1017/nps.2018.72>
- Frontex. (2016). *Western Balkans annual risk analysis 2016*. https://www.frontex.europa.eu/assets/Publications/Risk_Analysis/Annula_Risk_Analysis_2016.pdf
- Frontex. (2015). *Western Balkans annual risk analysis 2015*. https://www.frontex.europa.eu/assets/Publications/Risk_Analysis/WB_ARA_2015.pdf
- Hajdú, Z. (2018). The rebirth of the concept of the carpathian basin in Hungarian political language after 1988. In J. Laine, I. Liikanen & J. Scott (Hrsg.), *Post-cold war borders*, (S. 207–227). Routledge.
- Jámbor, A. (2015). Hungary's politicians react to the Paris attacks. *Heinrich Böll Stiftung* 26. Februar. <https://www.boell.de/en/2015/02/26/hungarys-politicians-react-paris-attacks-proposals-restrict-immigration-and-freedom>
- Korte, K. (2020). "Who Is the Animal in the Zoo?" Fencing In and Fencing Out at the Hungarian-Serbian Border. A Qualitative Case Study. *Journal of Borderlands Studies*, 37(3), 453–474. <https://doi.org/10.1080/08865655.2020.1787188>
- Mackey, R. (2015). Hungarian leader rebuked for saying Muslim migrants must be blocked "to keep Europe Christian". *The New York Times*, 3. September. <https://www.nytimes.com/2015/09/04/world/europe/hungarian-leader-rebuked-for-saying-muslim-migrants-must-be-blocked-to-keep-europe-christian.html>
- Macron, E. (2017). *Initiative pour l'Europe – Discours d'Emmanuel Macron pour une Europe souveraine, unie, démocratique*. Publié le 26 septembre. <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2017/09/26/initiative-pour-l-europe-discours-d-emmanuel-macron-pour-une-europe-souveraine-unie-democratique>
- Merabishvili, G. (2023). Defending Europe at the Trianon Border: Geopolitical Visions of Nationhood and the Remaking of Hungary's Southern Border, *Geopolitics*, 28(5), 2074–2110.
- Ministry of Foreign Affairs. (2015). *The Minister of the Interior has been instructed to prepare for closure of the Hungarian-Serbian border*. Government of Hungary. 17 June 2015. <https://2015-2019.kormany.hu/en/ministry-of-foreign-affairs-and-trade/news/the-minister-of-the-interior-has-been-instructed-to-prepare-for-closure-of-the-hungarian-serbian-border>
- Orbán, V. (2015). *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3. September. <https://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/scheinbare-widersprueche-was-viktor-orban-wirklich-will-13783829.html>
- Scott, J. W. & Hajdú, Z. (2022). The Carpathian Basin as a 'Hungarian Neighbourhood': Imaginative Geographies of Regional Cooperation and National Exceptionalism. *Eurasian Geography and Economics*, 63(6), 753–778. <https://doi.org/10.1080/15387216.2022.2082995>
- Scott, J.W. (2020). Hungarian Border Politics as an Anti-Politics of the European Union. *Geopolitics*, 25(3), 658–677.

- Thorleifsson, C. (2017). Disposable strangers: Far-right securitisation of forced migration in Hungary. *Social Anthropology*, 25(3), 318–334. <https://doi.org/10.1111/1469-8676.12420>
- Thorpe, N. (2019). *The road before me weeps: On the refugee route through Europe*. Yale University Press.

